



Verschwören

Die Montagsmahnwache will für »Frieden und Gerechtigkeit« stehen – und lockt auch extreme Rechte an. **Seite 3**



Betören

Wie eine Dame den Siggie entdeckt und dort mit ihrem Lächeln viele Freunde und Fans gewonnen hat. **Seite 5**



Empören

Im Wellensiek besinnen sich die Menschen ihrer gemeinsamen Geschichte – auch weil die LEG ihnen einiges abverlangt. **Seite 6**

Viertel

Schon bezahlt

Zeitung für Stadtteilkultur und mehr

Nr.26 | Dezember 2014

Die große Chance

Die Briten werden bald abziehen. Zurück lassen sie auch viele Wohnungen. Davon sollen auch sozial Schwache profitieren, fordern Bürgerinnen und Bürger. Von Silvia Bose



NOCH EINE UNBESCHRIEBENE ZUKUNFTSWAND: Eine britische Reihenhaussiedlung in der Sperberstraße.

»Mitte der 90er sind die frei werdenden britischen Liegenschaften alle an etablierte Immobiliengesellschaften oder private Fonds gegangen«, berichtet Gerard Brunsperger von attac der bunten Gruppe aus Sozialforum, Grünen, Linken, Mieterbund OWL, Sozialberatung Widerspruch und auch Einzelpersonen. Diesmal soll es anders laufen. Darin sind sich alle einig, die sich Ende Oktober erstmals trafen mit Ziel eine Bürgerinitiative zu gründen. Auch wenn es dazu erst im Dezember kommen soll – die Ziele sind schon klar:

Die Bürgerinitiative will mitreden, wenn der große Kuchen der britischen Liegenschaften aufgeteilt wird. Sie verlangt, dass das öffentliche Eigentum nicht einfach privatisiert, sondern sozial genutzt wird. Sie fordert, dass in den Liegenschaften auch bezahlbare Wohnungen entstehen für Erwerbslose, Geringverdiener, Migranten, Flüchtlinge, Studierende und auch gemeinschaftliche Wohnformen. Die Umnutzung dieser Liegenschaften, kurz Konversion genannt, müsse auf eine verantwortungsvolle Stadtentwicklung zielen. Bunte Quartiere sollen da entstehen, wo Alte und Junge leben, Menschen mit und ohne Behinderung, sozial Schwache und Normalverdiener.

Keine Frage, die Forderung nach bezahlbaren Wohnungen ist sinnvoll. Denn deren Zahl sinkt seit Jahren. Das Wohnungsmarktbarometer des städtischen Bauamtes weist den Markt für öffentlich geförderte Wohnungen und auch für günstige Wohnungen mittlerweile als »angespannt« aus. Inzwischen gibt es nur noch rund 12.000 geförderte Wohnungen mit Mietpreisbindung in der Stadt. Vor gut zehn Jahren waren es noch 18.000. Dabei haben laut Bauamt etwa 40 Prozent der Bielefelder Haushalte so wenig Einkommen, dass sie einen Wohnberechtigungsschein beanspruchen können. Bei Rentnern sind es sogar acht von zehn. Dieser Schein ist nötig, wenn man in eine geförderte Wohnung mit gedeckelten Mieten ziehen will.

Günstige Wohnungen könnten entstehen

Die Konversion könnte da helfen. Schließlich machen die Briten bis zum Jahresende 2019 auf 62 Hektar 15 Liegenschaften frei – unter anderem mit fast 470 Wohnungen. Für eine Bürgerinitiative werden die Britischen Streitkräfte aber kein Ansprechpartner sein. Denn die Briten übergeben alles der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben. Die BIMA wickelt

den Übergang von der militärischen zur zivilen Nutzung ab und ist dabei wirtschaftlichen Grundsätzen verpflichtet. Das heißt: Auch wenn die BIMA der Stadt eine »Erstzugriffsoption« auf die Liegenschaften einräumen muss – umsonst gibt es nichts, sondern nur zu gutachterlich ermittelten Verkehrswerten.

Bisher ist das Thema noch nicht in der öffentlichen Diskussion. Und bislang hat noch kein Ausschuss des Rates dazu einen Beschluss gefasst. Die Stadtverwaltung war aber nicht untätig. Im Oktober teilte sie auf eine Anfrage der BfB im öffentlichen Teil des Stadtentwicklungsausschuss mit, dass es erste Überlegungen gäbe, die Flächen der Rochdale Barracks an der Oldentruper Straße für Wohnzwecke zu entwickeln und die Flächen der Catterick Barracks an der Detmolder Straße für Gewerbe.

Die Verwaltung führt derzeit Gespräche mit der Landesregierung darüber, ob »die in Rede stehenden Gebiete mit in die Gebietskulisse des Stadtumbau Prozesses aufzunehmen« sind, so Baudezernent Gregor Moss auf Anfrage der »Viertel«, »da sich hierdurch bessere Optionen für die Stadt Bielefeld ergeben.« »Stadtumbau« ist ein Förderprogramm, das Kommunen helfen soll, den demografischen und wirtschaftlichen Strukturwandel zu bewältigen.

Auch der Baudezernent weiß, dass es in der Stadt an bezahlbaren Wohnungen fehlt. Daher wolle er sich mit »Akteuren der Wohnungsschaffenden über Chancen und Möglichkeiten einer Bielefelder Lösung verständigen, um die Probleme in den Griff zu bekommen«. Bei diesem Verfahren gehe es vor allem um soziale Aspekte.

Bürgerbeteiligung gefordert

Das dürfte diejenigen freuen, die sich zu einer Bürgerinitiative zusammenschließen wollen. Viele der Aktivisten fürchten aber, dass die Verantwortlichen wichtige Entscheidungen hinter verschlossenen Türen ausbaldowern könnten. »Wir erwarten vollständige Transparenz, ebenso wie eine frühzeitige und umfassende Bürgerbeteiligung«, sagt Heiner Wild vom Sozialforum. Auch zu diesem Punkt ist Erfreuliches zu hören: »Es ist Teil unserer Stadtentwicklungspolitik, bürgerschaftliche Partizipation zu leben, insofern ist eine frühzeitige Beteiligung selbstverständlich«, verspricht Baudezernent Moss und wird sich wohl bald beim Wort nehmen lassen müssen.

» wörter davor

Mit der Zeit ist es eine komische Sache: Sie ist unendlich lang, aber meistens viel zu kurz. Nach der Kommunalwahl im Mai hat sich ein neuer Rat konstituiert, mit veränderter Zusammensetzung und neuen Mehrheiten. Eine »Plattform« wurde aus der Taufe gehoben und sollte politische Mehrheiten für anstehende kommunale Entscheidungen ausloten. Jetzt scheint diese Idee schon wieder Geschichte zu sein. Denn eine neue Majorität für eine veränderte Kommunalpolitik hat sich bisher nicht zusammen gefunden. Die Einen wollen nicht, die Anderen können nicht. Und umgekehrt. Passiert ist viel, entschieden wurde wenig. Da war die Zeit wohl noch nicht reif, – oder doch zu kurz. Ist ja auch schwierig, wenn der klamme Haushalt nichts mehr zu verteilen hat.



Um so wichtiger ist es, zu wissen, daß eine Veränderung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse nicht allein von Wahlen und Mehrheiten abhängt, sondern auch von sinnvollen Projekten und sozialen Bewegungen. Ein Schwerpunkt der neuen »Viertel« ist darum einigen politischen Initiativen gewidmet, die unabhängig von aktuellen politischen Mehrheiten etwas bewirken wollen. Durchaus mit Sympathie, – und gelegentlich auch in kritischer Auseinandersetzung. Aber beurteilen und lesen Sie selbst. Und wenn Sie sich eine Meinung gebildet haben, schauen auf unserer neuen Website unter www.die-viertel.de vorbei.

Ansonsten wünschen wir einige besinnliche Tage und schon mal ein gutes neues Jahr. Wir melden uns dann im Frühjahr 2015 wieder zurück.

Für die Redaktion,
Ulrich Zucht

» vorlaut

Verbrechen, vereitelt

Schlechter Monat für Räuber. Erst missglückt ein Sparkassenüberfall, weil sich »das System nicht hochfahren lässt.« Dann bekommt ein krimineller Kriminalkommissar in Günters Kiosk statt der Beute ne Flasche an den Kopf und wird mitsamt Beule in seiner Wohnung verhaftet. Und im frisch renovierten »Plan B« klaut einer ein Bild von der Wand. Wofür er sich hinterher entschuldigt. Fehlt nur noch die bedrohte Kassenhilfe, die nicht die Kasse öffnet, sondern ihren Chef ruft. »Weil sie nicht zuständig ist.« Könnte aber auch ein Gerücht sein. Zur Abschreckung.